Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

6. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 19. Januar 1952

Nummer 2

Datum	Inhalt	Seite	Datum	Inhalt	Seite
28. 12. 51	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Prüfung der Wahlen zum Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen vom 20. November 1951 (GV. NW. S. 147)	5	10. 12. 51	Polizeiverordnung des Ministers für Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen — Außenstelle Essen — als Bauaufsichtsbehörde im Gebiete des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk über die Androhung eines Zwangsgeldes bei Nichtbefolgung der Baupolizeiverordnung des Verbandspräsidenten vom 24. Dezember 1938 in der Fassung vom 1. Juni 1946	6
1. 12. 51	Polizeiverordnung des Ministers für Wiederaufbau — Außenstelle Essen — als Bauaufsichtsbehörde im Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk über die Änderung des § 4 der Baupolizeiverordnung des Verbandspräsidenten vom 24. Dezember 1938 in der Fassung vom 1. Juni 1946 (Prüfung von Schornsteinen und Feuerungsanlagen durch den Bezirksschornsteinfegermeister bei Roh- und Gebrauchsabnahmen)	5	11. 12. 51	Verordnung über das Naturschutzgebiet „Alte Ruhr und Katzenstein“ in den Gemarkungen der Gemeinden Stadt Blankenstein und Buchholz, Erzepe-Ruhr-Kreis	6
			31. 12. 51	Bekanntmachungen der Landeszentralbank von Nordrhein- 7. 1. 52 Westfalen. Betrifft: Wochenausweise	8

Verordnung

zur Durchführung des Gesetzes über die Prüfung der Wahlen zum Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen vom 20. November 1951 (GV. NW. S. 147).

Vom 28. Dezember 1951.

Gemäß § 12 des Gesetzes über die Prüfung der Wahlen zum Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen vom 20. November 1951 wird verordnet:

1. Zu § 3 Satz 2:

- (1) Die schriftliche Zustimmung der Wahlberechtigten muß erkennen lassen, daß sie sich auf den Einspruch oder Antrag bezieht. Reicht der Platz auf dem Einspruch oder Antrag selbst nicht aus, so können die Unterschriften auf einer Liste in fortlaufender Nummernfolge beigelegt werden. Jedes Blatt dieser Liste muß vor der Einholung der ersten Unterschrift den Vermerk erhalten:

Zustimmung zu dem Einspruch — Antrag
des betr. „Wahl in

- (2) Die zustimmenden Wahlberechtigten haben Familiennamen, Vornamen und Wohnung leserlich einzusetzen.

- (3) Die für die Führung der Wählerliste (Wahlkartei) zuständigen Gemeindebehörden haben die Wahlberechtigung der zustimmenden Wahlberechtigten entweder hinter jedem Namen oder für mehrere zustimmende Wahlberechtigte zusammen hinter der letzten Unterschrift zu bescheinigen.

2. Zu § 4 Abs. 2:

Die Weiterleitung des Einspruchs oder Antrags soll durch das Anstellen von Ermittlungen nicht verzögert werden.

Düsseldorf, den 28. Dezember 1951.

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen:

Dr. Flecken.

— GV. NW. 1952 S. 5.

Polizeiverordnung

des Ministers für Wiederaufbau — Außenstelle Essen — als Bauaufsichtsbehörde im Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk über die Änderung des § 4 der Baupolizeiverordnung des Verbandspräsidenten vom 24. Dezember 1938 in der Fassung vom 1. Juni 1946 (Prüfung von Schornsteinen und Feuerungsanlagen durch den Bezirksschornsteinfegermeister bei Roh- und Gebrauchsabnahmen).

Vom 1. Dezember 1951.

Auf Grund der §§ 14, 26, 32 und 33 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzssamml. S. 77) und des § 25 Abs. 3 (1) der Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk vom 5. Mai 1920 (Gesetzssamml. S. 286) sowie nach Zustimmung des Verbandsbeschlußausschusses gemäß § 26 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzssamml. S. 77) und der Verordnung über die Zuständigkeiten in Beschlusssachen vom 23. Juni 1948 (GV. NW. S. 197) in Verbindung mit dem Gesetz über das Beschlußverfahren im Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk vom 2. Dezember 1949 (GV. NW. S. 309) wird für das Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk folgende bauaufsichtliche Verordnung erlassen:

Abschnitt I

Verfahrensvorschriften.

§ 1

- (1) Die Vorschrift des § 4 Ziffer 5 der Bauordnung des Verbandspräsidenten vom 24. Dezember 1938 in der Fassung vom 1. Juni 1946 erhält folgenden Zusatz als zweiten Absatz:

Zum Rohbauabnahmetermin hat der Bauherr eine in ihrem ersten und gegebenenfalls auch zweiten Teile ausgefüllte Bescheinigung des Bezirksschornsteinfegermeisters über die Benutzbarkeit der Schornsteine nach dem Muster der Anlage A, welche dieser Verordnung beigelegt und ein Bestandteil von ihr ist, vorzulegen; zu diesem Zweck ist dem Bezirksschornsteinfegermeister vor dem Abnahmetermin Gelegenheit zur Prüfung der Schornsteine an Hand der baupolizeilich geprüften Zeichnungen zu geben. Die Bescheinigung ist dem Bauherrn zusammen mit dem Rohbauabnahmeschein wieder auszuhändigen.

(2) Die Vorschrift des § 4 Ziffer 12 a. a. O. wird gestrichen und erhält nachstehenden Wortlaut:

Bis zum Gebrauchsabnahmetermin hat der Bauherr die im § 4 Ziffer 5 Absatz 2 bezeichnete Bescheinigung nach Ergänzung im Teil 3 als Nachweis für die Benutzbarkeit der Feuerungsanlagen vorzulegen. Die Bescheinigung ist zu den Bauakten zu nehmen.

Abschnitt II

Allgemeine Vorschriften.

§ 2

Für jeden Fall der Nichtbefolgung dieser Verordnung wird hiermit gemäß § 33 des Preuß. Polizeiverwaltungsgesetzes (Gesetzsamml. 1931 S. 77) die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe bis zu 150 DM angedroht.

Daneben bleibt die Bauaufsichtsbehörde befugt, die Herstellung vorschriftsmäßiger Zustände herbeizuführen.

§ 3

Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen in Kraft.

Essen, den 1. Dezember 1951.

Der Minister für Wiederaufbau
des Landes Nordrhein-Westfalen
— Außenstelle Essen —

Im Auftrage:
Dr. Koch.

Anlage A

(Zu § 4)

Bescheinigung

über die Benutzbarkeit von Schornsteinen und Feuerungsanlagen gemäß § 4 Ziffer 5 Absatz 2 der Bauordnung des Verbandspräsidenten vom 24. 12. 1938 in der Fassung vom 1. 6. 1946.

1. Ich bescheinige hiermit, daß die in dem Neubau — Umbau — Erweiterungsbau*) auf dem Grundstück in Straße — Platz*) Nr., Eigentümer: angelegten Schornsteine unmittelbar nach Fertigstellung des Rohbaues von mir am 19..... auf ihre ordnungsmäßige Herstellung gemäß § 20 der Bauordnung — unter Vornahme eines Probekehrens — an Hand der baupolizeilich genehmigten Zeichnungen untersucht worden sind und — daß sie in Ordnung befunden worden sind, so daß ihrer Benutzung Bedenken nicht entgegenstehen*), — daß noch die folgenden Änderungen vorgenommen werden müssen:*)

- a)
b)
c)

....., den 19.....

Der Bezirksschornsteinfegermeister.
.....

2. Die vorstehend verlangten Änderungen sind inzwischen ausgeführt.

....., den 19.....

Der Bezirksschornsteinfegermeister.
.....

3. Ich bescheinige, daß die folgenden Feuerstätten ordnungsgemäß nach § 19 der Bauordnung an die Schornsteine angeschlossen sind, so daß ihrer Benutzung Bedenken nicht entgegenstehen.*) Die notwendigen Schutz- und Unfallverhütungsvorkehrungen zur Sicherung der mit der Reinigung der Schornsteine betrauten Schornsteinfeger sind angebracht, mit folgenden Ausnahmen:*)

- a)
b)

....., den 19.....

Der Bezirksschornsteinfegermeister.
.....

*) Unzutreffendes ist zu streichen.

Polizeiverordnung

des Ministers für Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen — Außenstelle Essen — als Bauaufsichtsbehörde im Gebiete des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk über die Androhung eines Zwangsgeldes bei Nichtbefolgung der Baupolizeiverordnung des Verbandspräsidenten vom 24. Dezember 1938 in der Fassung vom 1. Juni 1946.

Vom 10. Dezember 1951.

Auf Grund der §§ 14, 26 und 33 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzsamml. S. 77) und des § 25 Abs. 3 (1) der Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk vom 5. Mai 1920 (Gesetzsamml. S. 286) sowie nach Zustimmung des Verbandsbeschlüssausschusses gemäß § 26 des PVG vom 1. Juni 1931 und der Verordnung über die Zuständigkeiten in Beschlusssachen vom 23. Juni 1948 (GV. NW. 1948 S. 197) in Verbindung mit dem Gesetz über das Beschlußverfahren im Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk vom 2. Dezember 1949 (GV. NW. 1949 S. 309) wird für das Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk folgende bauaufsichtliche Verordnung erlassen:

§ 1

Für jeden Fall der Nichtbefolgung der Baupolizeiverordnung vom 24. Dezember 1938 in der Fassung vom 1. Juni 1946 wird hiermit die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe bis zu 150 DM angedroht. Daneben bleibt die Bauaufsichtsbehörde befugt, die Herstellung vorschriftsmäßiger Zustände herbeizuführen.

§ 2

Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen in Kraft.

Essen, den 10. Dezember 1951.

Der Minister für Wiederaufbau
des Landes Nordrhein-Westfalen
— Außenstelle Essen —

Im Auftrage:
Dr. Koch.

— GV. NW. 1952 S. 6.

Verordnung

über das Naturschutzgebiet „Alte Ruhr und Katzenstein“ in den Gemarkungen der Gemeinden Stadt Blankenstein und Buchholz, Ennepe-Ruhr-Kreis.

Vom 11. Dezember 1951.

Auf Grund der §§ 4, 12 Abs. 2, 13 Abs. 2, 15, 16 Abs. 2 und 23 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) in der Fassung des Dritten Änderungsgesetzes vom 20. Januar 1938 (RGBl. I S. 36) sowie des § 7 Abs. 1, 5, 6 und § 17 der Durchführungsverordnung vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275) in der Fassung der Ergänzungsverordnung vom 16. September 1938 (RGBl. I S. 1184) wird mit Zustimmung des Herrn Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen als oberster Naturschutzbehörde sowie mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen auf Grund des § 36 Abs. 6 der Ausführungsverordnung vom 27. März 1935 (RGBl. I S. 431) zum Reichsjagdgesetz vom 3. Juli 1935 (RGBl. I S. 549) in der Fassung vom 23. April 1938 (RGBl. I S. 410) folgendes verordnet:

§ 1

Das Gebiet der alten Ruhr zwischen dem Wohnhause der ehemaligen Halbach-Hämmer und der Wasserburg Haus Kemnade sowie der nach Süden sich anschließende Hochwald auf dem Katzenstein in den Gemarkungen der Gemeinden Stadt Blankenstein und Buchholz, Ennepe-Ruhr-Kreis, wird in dem in § 2 Abs. 1 näher bezeichneten Umfang mit dem Tage der Bekanntgabe dieser Verordnung in das Landesnaturschutzbuch von Nordrhein-Westfalen eingetragen und damit unter den Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes gestellt.

§ 2

(1) Das Schutzgebiet hat eine Größe von 83 ha und umfaßt in den Gemarkungen der Gemeinden Stadt Blankenstein und Buchholz die nachfolgend näher bezeichneten Parzellen:

Gemeinde Stadt Blankenstein Flur 6, Parzelle 76/11, 77/12, 71/13, 72/13, 14, 15, 70/16, 17, 24, 68/25, 69/25, 26, 55/27, 56/27, 28, 29, 30, 31, 32, 35, 50, 93/52, 57/53, Flur 8 Parzelle 17, 77/18, 78/18, 95/19, 94/19, 20, 24, 42.

Gemeinde Buchholz Flur 1, Parzelle 44/21, 45/21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 37/28, 55/28, 29, 30, 57/31, 32, 33, Flur 2, Parzelle 1, 2, 3, 4, 5, 6 tlw., 24/13 tlw., 25/13, 26/13, Flur 3, Parzelle 71/1, 72/2, 73/1, 74/2, 35/3, 13, 28/14, 84/14, 30/15, 31/15, 16, 33/17, 55/18 tlw., 22, Flur 18, Parzelle 1, 73/2, 77/2, 3, 78/4, 5, 75/6, 79/6, 80/8, 92/8, 74/4.

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes sind in eine Karte 1:25 000 und eine Katasterhandzeichnung 1:2000 „rot“ eingetragen, die bei der obersten Naturschutzbehörde in Düsseldorf niedergelegt sind. Weitere Ausfertigungen dieser Karten befinden sich bei der Bundesstelle für Naturschutz und Landschaftspflege in Eggestorf, der Landesstelle für Naturschutz und Landschaftspflege in Nordrhein-Westfalen in M.Gladbach, der höheren Naturschutzbehörde in Essen, der unteren Naturschutzbehörde in Schwelm, der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege in Essen, der Stadt- und Amtsverwaltung in Blankenstein.

§ 3

Im Bereich des Schutzgebietes ist im einzelnen folgendes verboten:

- a) Pflanzen zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzupflücken, abzureißen oder abzuschneiden,
- b) freilebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten, oder Puppen, Larven, Eier oder Nester und sonstige Brut- und Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen,
- c) Pflanzen oder Tiere einzubringen,
- d) in dem nördlich der Eisenbahn gelegenen Teile des Gebietes, der sog. Alten Ruhr, eine forstliche, jagdliche oder fischereiliche Nutzung auszuüben,
- e) die Wege zu verlassen, zu lärmern, Feuer anzumachen, Abfälle wegzuwerfen oder das Gelände auf andere Weise zu beeinträchtigen,
- f) Bodenbestandteile abzubauen, Sprengungen oder Grabungen vorzunehmen, Schutt oder Bodenbestandteile einzubringen oder die Bodengestalt (einschließlich der natürlichen Wasserläufe oder Wasserflächen) auf andere Weise zu verändern oder zu beschädigen.
- g) Bild- oder Schrifttafeln anzubringen, soweit sie nicht auf den Schutz des Gebietes hinweisen.

§ 4

- (1) Der Winterschnitt der Schilfbestände an der Alten Ruhr soll möglichst unterbleiben, wird aber weiterhin zugelassen auf den Parzellen Gemarkung Buchholz, Flur 1, Parzellen 55/28, 26, 29, 30 und 37/28.
- (2) Die forstliche Bewirtschaftung des Waldes erfolgt im Einvernehmen mit dem Bezirksbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege. Dabei ist auf die geschlossenen Bestände an Hülsenbäumen besonders Rücksicht zu nehmen. Die Freihaltung der Starkstromleitung hat sich auf das Kurzhalten der hochstämmigen Bäume zu beschränken.
- (3) Werden in dem nördlich der Eisenbahn gelegenen Teil jagdliche Maßnahmen erforderlich, z. B. Abschub von Fischreihern, so erfolgen diese durch den Kreisjägermeister im Einvernehmen mit dem Bezirksbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege und möglichst unter dessen Beteiligung nach Genehmigung durch die höhere Naturschutzbehörde. Die Entfernung von Bäumen in diesem Teil bedarf der Genehmigung durch die höhere Naturschutzbehörde.
- (4) Zugelassen bleibt die Ausübung der Fischerei im Pleßbach unterhalb der Fußgängerbrücke bei der Station Blankenstein-Burg. Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbrut in der Alten Ruhr erfolgen im Einverständnis mit der höheren Naturschutzbehörde.
- (5) Das Recht der Stadtwerke Bochum, im Naturschutzgebiet Wassergewinnungsanlagen zu unterhalten oder neu anzulegen, bleibt unberührt.
- (6) Bei Umbauten, Neubauten oder Erweiterungsbauten am Hause Kemnade, für die im übrigen der Landeskonservator zuständig ist, dürfen Niststätten von Turmfalken und Eulen nicht zerstört werden.

§ 5

- (1) In besonderen Fällen können Ausnahmen von den Vorschriften im § 3 von der höheren Naturschutzbehörde genehmigt werden.
- (2) Gegen die Entscheidung gemäß § 5 (1) ist die Beschwerde bei der Obersten Naturschutzbehörde binnen zwei Wochen seit Bekanntgabe der Entscheidung möglich.

§ 6

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwider handelt, wird nach den §§ 21 und 22 des Reichsnaturschutzgesetzes und den §§ 15 und 16 der Durchführungsverordnung bestraft.

§ 7

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen in Kraft.

Essen, den 11. Dezember 1951.

Der Minister für Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen — Außenstelle Essen — als höhere Naturschutzbehörde.

Im Auftrage:
Dr. Koch.

— GV. NW. 1952 S. 6.

In Kürze sind lieferbar:

EINBANDDECKEN

für das Gesetz- und Verordnungsblatt und das Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Ausgabe A, zum Preise von je DM 1,40.

Bestellungen sind ab sofort unter Vereinsendung des Betrages zuzüglich DM -,40 Porto zu richten an:

AUGUST BAGEL VERLAG GMBH DÜSSELDORF
Grafenberger Allee 98

Bekanntmachungen der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen

Betrifft: Wochenausweis der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen vom 31. Dezember 1951

Aktiva	(Beträge in 1000 DM)		Passiva		
		Veränderungen gegen- über der Vorwoche	Veränderungen gegen- über der Vorwoche		
Guthaben bei der Bank deutscher Länder*)	126 679	— + 20 272	Grundkapital	65 000	— —
Postscheckguthaben	193	— — 274	Rücklagen und Rückstellungen	71 499	— —
Wechsel	268 842	— — 182 768	Einlagen		
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen der Bundesverwaltungen	102 000	+ 16 600	a) von Kreditinstituten innerhalb des Landes (einschl. Postscheckämter)	870 993	+ 115 759
Wertpapiere			b) von Kreditinstituten in anderen deutschen Ländern	239	+ 120
a) am offenen Markt			c) von öffentlichen Verwaltungen	87 102	+ 24 338
gekauft	14 922	—	d) von Dienststellen der Besatzungsmächte	7 759	— 860
b) sonstige	75	—	e) von sonstigen inländischen Einlegern	92 215	+ 957
Ausgleichsforderungen			f) von ausländischen Einlegern	152 1058 460	— 29 + 140 285
a) aus der eigenen Umstellung	631 214	—	Lombardverpflichtungen gegenüber der BDL gegen Ausgleichsforderungen	46 460	+ 46 460
b) angekaufte	75 473	— 460 — 460	Schwebende Verrechnungen im Zentralbanksystem	16 280	— + 11 901
Lombardforderungen gegen			Sonstige Verbindlichkeiten aus weiterbegebenen Wechseln	70 392	— + 13 833
a) Wechsel	1	— 1 000	Indossamentsverbindlichkeiten aus weiterbegebenen Wechseln	(867 718)	(— 16 749)
b) Ausgleichsforderungen	15 138	— 6 562			
c) Sonstige Sicherheiten	151	+ 150 — 7 412			
Beteiligung an der BDL	23 000	—			
Sonstige Vermögenswerte	65 403	— + 985			
	1 328 091	+ 212 479		1 328 091	+ 212 479

*) Mindestreserve gemäß § 6 Emissionsgesetz im Durchschnitt des Monats Dezember 1951

Reserve-Soll	110 967	+ 2 091
Reserve-Ist	110 967	+ 2 091

Übrige ausweispflichtige Positionen ohne Bestand.
Düsseldorf, den 31. Dezember 1951.

Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen:
Kriege, Geiselhart, Böttcher, Braune.

— GV. NW. 1952 S. 8.

Betrifft: Wochenausweis der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen vom 7. Januar 1952

Aktiva	(Beträge in 1000 DM)		Passiva		
		Veränderungen gegen- über der Vorwoche	Veränderungen gegen- über der Vorwoche		
Guthaben bei der Bank deutscher Länder*)	18 273	— — 108 401	Grundkapital	65 000	— —
Postscheckguthaben	141	— — 52	Rücklagen und Rückstellungen	71 499	— —
Wechsel	210 293	— — 58 544	Einlagen		
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen der Bundesverwaltungen	92 000	— 10 000	a) von Kreditinstituten innerhalb des Landes (einschl. Postscheckämter*)	749 311	— 121 682
Wertpapiere			b) von Kreditinstituten in anderen deutschen Ländern	483	+ 244
a) am offenen Markt			c) von öffentlichen Verwaltungen	67 554	— 19 548
gekauft	14 922	—	d) von Dienststellen der Besatzungsmächte	8 215	+ 456
b) sonstige	75	—	e) von sonstigen inländischen Einlegern	99 749	+ 7 534
Ausgleichsforderungen			f) von ausländischen Einlegern	143 925 455	— 9 — 133 005
a) aus der eigenen Umstellung	631 214	—	Lombardverpflichtungen gegenüber der BDL gegen Ausgleichsforderungen	—	— 46 460
b) angekaufte	75 200	— 273 — 273	Schwebende Verrechnungen im Zentralbanksystem	18 240	— + 1 960
Lombardforderungen gegen			Sonstige Verbindlichkeiten	69 802	— 590
a) Wechsel	1	—	Indossamentsverbindlichkeiten aus weiterbegebenen Wechseln	(854 446)	(— 13 272)
b) Ausgleichsforderungen	14 176	— 962 — 962			
c) Sonstige Sicherheiten	151	—			
Beteiligung an der BDL	23 000	—			
Sonstige Vermögenswerte	65 540	— + 137			
	1 149 996	— 178 095		1 149 996	— 178 095

*) Mindestreserve gemäß § 6 Emissionsgesetz im Durchschnitt des Monats Dezember 1951

Reserve-Soll	110 967	+ 2 091
Reserve-Ist	110 967	+ 2 091

Übrige ausweispflichtige Positionen ohne Bestand.

*) Mindestreserven gemäß § 6 Emissionsgesetz im Durchschnitt des Monats Dezember 1951

Reserve-Soll	688 118	— 7 886
Reserve-Ist	718 579	— 307
Überschubreserven	30 461	+ 7 579
Summe der Überschreitungen	31 529	+ 8 000
Summe der Unterschreitungen	1 068	+ 421
Überschubreserven	30 461	+ 7 579

Düsseldorf, den 7. Januar 1952.

Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen:
Kriege, Geiselhart, Böttcher, Braune.

— GV. NW. 1952 S. 8.